Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Inseratenpreis Mk. für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 3 spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 201 — **Dienstag den 29. August 1922.** — **81. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Die Pläne über die **Herstellung je einer unterirdischen Telegraphenlinie** in der **Dorfstraße in Klipphausen** und in der **Straße von Klipphausen nach Sachsdorf** liegen beim Postamte in Wilsdruff vom 1. September ab 4 Wochen aus.

Dresden-N. 6, am 25. August 1922. 4674 Telegraphenbauamt 2.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Regierung hat den beiden Delegierten der Reparationskommission vor ihrer Abreise einen Einigungsvorschlag auf der Basis privater Lieferungsverträge für Holz und Kohle überreicht.

* Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder sind zu einer Beratung der wirtschaftlichen Notlage nach Berlin geladen worden.

* Der Abgeordnete Dr. Helfferich hat den Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses des Reichstages, den Abgeordneten Stresemann aufgefordert, den Ausschuß sofort zu einer Besprechung der politischen Lage einzuberufen.

* Die französische Regierung teilte amtlich mit, daß weitere Massenausweisungen aus Elsaß-Lothringen nicht mehr erfolgen werden.

* Auf der Konferenz in Verona erklärte Minister Schanzer, daß Italien sich jeder Änderung der staatlichen Verhältnisse in Österreich, also besonders einem Anschluß an Deutschland, widersetzen werde.

* In Amerika ist eine neue Bewegung im Gange, die für eine stärkere Beteiligung Amerikas am europäischen Wiederaufbau eintritt.

Panikstimmung.

Seitdem der Dollar die 2000-Mark-Grenze erreicht und zeitweise sogar schon überschritten hat, sind wir in einen Dauerzustand gespanntester Erregung eingetreten, der die schwersten Gefahren in sich schließt. Möglich, daß die Stimmung ruhiger geblieben wäre, wenn nicht zu gleicher Zeit die mündlichen Reparationsverhandlungen in Berlin vor sich gegangen wären, von denen man letzte Entscheidungen erwartete. Aber auch ohnedies hätte die Devisen- und Preisbewegung der letzten Tage auf das allgemeine Gefühl alarmierend gewirkt, schon aus dem Grunde, weil sie sich unmittelbar in jedermann fühlbare praktische Wirkungen umsetzt, denen nachgerade kaum noch ein Haushalt gewachsen ist. Pankartig stürzen sich Käufer aus allen Schichten der Bevölkerung auf die Geschäfte und suchen sich so rasch und in so großen Mengen, wie nur irgend erreicht werden können, mit jeder Art von Gebrauchsartikeln einzudecken — für alle Fälle. Mit dem unvermeidlichen Erfolg natürlich, daß die Preise daraufhin noch schneller und in noch gewaltigeren Sprüngen in die Höhe klettern, als es bei ruhigerer Haltung des Publikums geschehen würde. Ob diese überhastete Nachfrage auf gegenwärtigem oder zukünftigem Bedarf beruht, oder ob sie lediglich von dem Streben nach Flucht vor der Mark eingegeben ist, macht natürlich für das Ergebnis des traurigen Kreislaufs, in dem wir uns bewegen, nicht den geringsten Unterschied. Ein Keil treibt immer den anderen, und schließlich glaubt niemand mehr, sich zurückhalten zu dürfen, weil er begreiflicherweise nicht den Wunsch hat, zuletzt als der sogenannte Dumme ausgelacht zu werden.

Aber vielleicht noch gefährlicher als diese niederdrückenden Erscheinungen auf dem Wirtschaftsmarkt sind die seelischen und politischen Wirkungen der letzten Ereignisse. Man spürt es förmlich in der Luft, wie die allgemeine Erregung um sich greift, wie sie sich steigert, und wie die Leidenschaften der Massen sich zu unheilvollen Aktionen zusammenzuballen drohen, von denen niemand vorher wissen kann, wo und wann sie einsetzen werden. Schon erscheinen Aufrufe von radikalster Seite gegen die Kapitalisten wie gegen die Mehrheitssozialisten, gegen die Regierung wie gegen die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, gegnerische Parteikörperschaften wie überhaupt gegen alle „Instanzen", die sich einer ungeregelten Aktion und allen wilden Kampfmethoden nach Kräften entgegenstemmen. Mit ihnen solle man kurzen Prozeß machen. Die Fahne des Klassenkampfes soll erhoben und von unten her der Bau zum Umsturz gebracht werden, der dazu bestimmt ist, allen Deutschen Raum und Schutz für ihre Arbeit zu gewähren. Es wird eine Sprache geführt, die an Schärfe nichts, aber auch gar nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Ihr gegenüber nimmt der Aufruf, den zu gleicher Zeit der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht, überaus gemäßigt aus. Auch er spricht davon, daß die Massen der arbeitenden Bevölkerung durch das katastrophale Sinken des Markkurses zur Verzweiflung getrieben werden. Aber aus dieser trostlosen Lage zieht er die Folgerung, daß jetzt vor allem die Losung lauten müsse, den Kopf oben zu behalten. Man solle sich von keiner Panikstimmung mit fortreißen und von den Leuten, die in diesem Augenblick zur Selbsthilfe und zu Aktionen aufrufen, nicht ins Verderben ziehen lassen. Wenn wir jetzt auch noch in den Zustand des Bürgerkrieges und der Rassebekämpfung hineinstürzen, dann sei alles verloren. Wer das nicht wolle, müsse die Parteien in ihrem Abwehrkampf gegen das drohende Verderben unterstützen. Und zum Schluß wird um die Zuwendung besonderer Geldmittel gebeten, da die ungeheuren finanziellen Verpflichtungen der Partei aus den laufenden Einnahmen nicht mehr gedeckt werden könnten.

Das mag mancher unter den Parteigenossen der Sozialdemokratie in diesem Augenblick nicht erwartet haben. Der Warnung vor Unbesonnenheit und Verzweiflung aber wird sich nur jeder anschließen können, der es gut meint mit dem deutschen Volke und besonders mit den Armen und Elenden unter uns, deren trostlose Lage kaum noch einer Steigerung fähig ist. Schlimm genug, daß es erst so weit kommen mußte, ehe sich so etwas wie ein gemeinsames Volksgefühl wieder bei uns bemerkbar macht. Es muß sich vor allen Dingen dahin auswirken, daß alles von uns ferngehalten wird, was die vorhandene Erregung noch geflissentlich steigern könnte, und daß alles versucht wird, die verhängnisvolle Entwicklung, die über uns hereingebrochen ist, wenn nicht aufzuhalten, so doch nach Möglichkeit zu verlangsamen. Die Reichsregierung ist mit aller Beschleunigung ans Werk gegangen, um zu bremsen. Sie wird aber nichts ausrichten können, wenn nicht auch jeder einzelne Volksgenosse sein Bestes tut, um das Unheil nicht noch zu verschlimmern. Vielleicht ist der Höhepunkt unseres Elends wirklich schon überschritten. Sollte es nicht der Fall sein, so haben wir doch wenigstens keine Ursache, den Fortgang der Katastrophe gar noch zu beschleunigen.

Die Abwehrmaßnahmen der Regierung.

Die steigende wirtschaftliche Not ist selbstverständlich für die Reichsregierung ein Gegenstand der ernsten Sorge. Am Freitag und Sonnabend fanden Kabinettssitzungen unter Teilnahme der preußischen Minister und des Reichspräsidenten statt. Auch die Ministerpräsidenten der Länder wurden zu einer Beratung nach Berlin geladen. Man ist sich in Regierungskreisen darüber klar, daß angesichts der ständig wachsenden Notlage die Maßnahmen mit möglichster Schnelligkeit ergriffen und durchgeführt werden müssen. Dem Kabinett liegen zahlreiche Einzelvorschläge vor, wie die durch das Steigen des Dollarkurses hervorgerufene Teuerungsnot bekämpft werden könnte. Die Gewerkschaften haben der Reichsregierung ein so umfassendes Programm vorgelegt, daß sich fast alle von der Regierung ausgehenden Vorschläge, die jetzt im Kabinett überprüft werden, irgendwie mit diesem Programm berühren. So ist man in der Regierung der Ansicht, daß ein großer Teil dieser Forderungen ohne Zweifel verwirklicht werden kann, während andere Maßnahmen undurchführbar erscheinen. An eine Kontrolle des Devisenhandels denkt die Regierung nicht, da bisher ihr noch kein Weg gewiesen ist, der eine aussichtsreiche Bekämpfung der Devisenspekulation bietet. Dagegen beabsichtigt die Regierung, mit den Banken sich in Verbindung zu setzen, um mit diesen Maßnahmen zu beraten. Die Erhöhung der Ausfuhrabgaben, die für den 1. September bereits vorgesehen war, wird wahrscheinlich um ein weiteres gesteigert werden. Man ist auch bereit, Einschränkungen der Einfuhr von Luxusartikeln durch Einfuhrverbote vorzunehmen. Besondere Sorgfalt wird die Regierung der Beschaffung von Lebensmitteln zuwenden. Es ist geplant, eine Beschränkung des für Bierbrauerei-, Likör-, Schnaps-, Konfitüren- und Fruchtweinfabrikation freigegebenen Zuckers vorzunehmen.

Der entscheidende Mittwoch.

Die Antwort der Reparationskommission.

Berlin, 27. August. Die Reparationskommission war heute mittag von 11 bis 1 Uhr versammelt. Die Kommission ist der Ansicht, daß es ihr nicht möglich sein wird, vor Mittwoch, den 30. August, eine Entscheidung über das von der deutschen Regierung am 12. Juli vorgelegte Moratoriumsverlangen zu fällen. Sie hat der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht, daß, wenn diese von der Möglichkeit, gehört zu werden, die ihr nach Artikel 284 des Friedensvertrages zusteht, Gebrauch zu machen wünscht, die Kommission geneigt ist, die bevollmächtigten Vertreter am Mittwoch zu hören.

Paris, 27. August. Der Besprechung der Reparationskommission hat auch ein amerikanischer Vertreter offiziös beigewohnt.

Paris, 27. August. Wie der Temps hört, haben in der Sonntagssitzung der Reparationskommission, die offiziösen Charakter hatte, die einzelnen Delegierten ihre Ansicht über das deutsche Moratoriumsverlangen auseinandergesetzt. Die einen erklärten, sie seien einem Moratorium günstig gesinnt, die anderen betonten, sie seien gegen ein Moratorium, wenn nicht durch Deutschland positive Pfänder gegeben würden. Zwei Ansichten seien bei den Mitgliedern der Reparationskommission zum Durchbruch gekommen. Einmal, daß die gegenwärtige Unsicherheit ohne schwere Folgen nicht länger dauern könne und daß die Entscheidung der Kommission möglichst früh, wenn möglich am Mittwoch, erfolgen müsse, ferner, daß durch eine Delegiertenversammlung Versuche gemacht werden müßten, um eine einstimmige Entscheidung herbeizuführen.

*

Die Frage der „Einstimmigkeit".

Paris, 27. August. Nach Havas deutet der Beschluß der Reparationskommission, ihre endgültige Entscheidung um drei Tage zu vertagen, darauf hin, daß die vier Delegierten den Wunsch haben, sich einmütig zu entscheiden. Die vier Delegierten hoffen, sagt Havas, daß die letzten Meinungsverschiedenheiten, die sich noch bei einem oder zwei von ihnen zeigen sollten, alsbald beseitigt sein werden und daß, wenn schließlich am Mittwoch die Reparationskommission ihre Entscheidung treffe, die Entscheidung einstimmig gefaßt werden wird.

Paris, 27. August. Wie der Temps hört, finden am Montag, Dienstag und Mittwoch weitere offiziöse Besprechungen der Reparationskommission statt, um zu einem Uebereinkommen zu gelangen.

*

Mitteilung nach Berlin.

Paris, 27. August. Wie der Temps mitteilt, ist die deutsche Regierung von der Entscheidung der Reparationskommission sofort telegraphisch in Kenntnis gesetzt worden. Ebenso ist der Kriegslastenkommission in Paris Mitteilung gemacht worden.

Der deutsche Einigungsvorschlag.

Privatlieferungsverträge für Holz und Kohlen.

Die Berliner Besprechungen mit Bradbury und Mauclère sind in letzter Stunde durch einen völlig neuen deutschen Einigungsvorschlag vor dem gänzlichen Scheitern bewahrt worden. Nachdem von deutscher Seite im Laufe der Woche unweigerlich fest auf der Ablehnung der „produktiven Pfänder", die Poincaré für das Moratorium forderte, bestanden worden war, und nachdem auch der Vorschlag, das Erträgnis der Bergwerke und Forsten statt dieser selbst als Pfand zu stellen, abgelehnt werden mußte, weil er im Grunde auf dieselbe Enteignung hinauslief, nachdem ferner der deutsche Gegenvorschlag, einen Devisenfonds von 40 bis 50 Millionen als Garantie anzusammeln von den gegnerischen Delegierten verworfen wurde, sah man keine Möglichkeit der Einigung mehr. Da warf die deutsche Regierung am Abend vor der Abreise der beiden Delegierten einen ganz neuen Plan in die Debatte, der ungefähr auf folgenden Gedankengängen beruht:

Die deutsche Regierung wäre bereit, die im Friedensvertrag Deutschland auferlegten Holz- und Kohlenlieferungen dadurch ein für allemal sicherzustellen, daß sie mit deutschen Holz- und Kohlenlieferanten bzw. Produzenten feste Lieferungsverträge abschließt, in denen die im geschäftlichen Verkehr üblichen Sicherungen zu berücksichtigen wären (Konventionalstrafen). Die unmittelbare Verständigung auf einer solchen rein kaufmännischen Basis würde im besonderen auch die Befürchtungen Frankreichs zerstreuen, daß die deutsche Industrie sich bewußt der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen des Reiches widersetzen könne.

Dieser Vorschlag war erst ermöglicht worden nach Besprechungen mit einer Reihe hervorragender Vertreter der Industrie. Diese sahen sich, vor allem dank dem Abschluß des Überschichtenabkommens mit den Bergarbeitern im Ruhrrevier, in der Lage, die erforderlichen Zusicherungen zu geben und ihre Bereitwilligkeit zum Anschluß derartiger Lieferverträge vorläufig bis Ende 1923 zu erklären.

Bradbury und Mauclère reisten mit diesem Vorschlag am Freitag mittag nach Paris zurück und legten ihn dort der Reparationskommission vor. Zunächst muß dem in aller Eile nur skizzenhaft übermittelten Plane eine genaue Ausarbeitung nachgeschickt werden, und dann wird die Reparationskommission Beschluß fassen, ob sie daraufhin dem Moratorium zustimmen will.

Innerpolitisch wird eine Wirkung dieses neuen Vorschlages in der Richtung erwartet, daß ein enges Zusammenarbeiten der Großindustrie mit den Bergleuten zur Festigung der nationalen Einigkeit beiträgt. Außenpolitisch nimmt man an, daß die Opfer, welche die Schwerindustrie im allgemeinen und Hugo Stinnes im besonderen durch eine Art von Garantieübernahme für das Reich gebracht haben, nicht ohne Wirkung in Paris sein werden. In Paris erwartet man, daß Stinnes zu weiteren Beratungen dorthin kommt.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF